

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Der Volksstaat

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Postgebühren 21 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 16 Sgr. per Quartal. Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postämtern auf den 1. u. 15. Monat u. auf den 3. Monat besonders angenommen, im Sgr. Sachsen u. Preußen, in Hamburg auch auf den 1. Monat à 5¹/₂ Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 114.

Freitag, 21. November.

1873.

Parteigenossen!

Mit dem ersten Dezember beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Das bisherige Resultat war nicht zufriedenstellend; umso mehr ist es Eure Pflicht, diesen letzten und günstigsten Monat tüchtig auszunützen.

Der Monat Dezember ist der Wahlmonat, die Agitation ist im vollen Fluß; vergeßt dabei nicht Eures Hauptparteiorgans. Wir brauchen Euch nicht zu sagen, welche Wichtigkeit seine Verbreitung gerade in dieser Periode hat, wo rasches, organisiertes und planmäßiges Handeln Alles entscheidet. Thut also Eure Pflicht. Agitationsexemplare sind von der Expedition zu beziehen.

Zu den Reichstagswahlen.

In den nächsten Tagen werden die Wahllisten zur öffentlichen Einsichtnahme allenwärts aufgelegt; erfahrungsgemäß sind dieselben häufig sehr lächerlich und namentlich sind es Arbeiter, deren Namen in denselben fehlen. Wer die kurze Dauer der Auslage der Wahlliste zur Einsicht nicht benutzt, geht, wenn sein Name darin fehlt, des Wahlrechts verlustig, keine spätere Beschwerde nützt ihm etwas.

Man organisire also allerwärts sofort die Waffendurchsicht der Listen, indem die Wähler einer Werkstatt, einer Fabrik, eines Hauses oder mehrerer Häuser sich vereinigen und Einen aus ihrer Mitte mit der alphabetisch geordneten Namensliste der Uebrigen zur Durchsicht abordnen.

Inbesondere müssen alle Wahlcomitè's, sobald die öffentliche Auslegung der Wahllisten angekündigt wird, unverzüglich öffentliche Aufforderungen an die Wähler ihrer Bezirke, sei es durch die Lokalblätter, sei es durch Plakate, richten, worin diese in dem hier angezeichneten Sinne zu genauer Einsichtnahme aufgefordert werden.

Ueberhaupt können nicht oft genug den Wählern praktische Winke für ihr Verhalten vor und bei der Wahl, wie wir diese bereits in Nr. 111 veröffentlicht haben, gegeben werden. Die Sünden vor der Wahlhandlung, welche Viele noch begehen, weil sie glauben, bei ihren Arbeitgebern, Vorgesetzten oder Höhergestellten sich mißliebiger zu machen, muß überwunden werden.

Auch vergesse man nicht, in allen Versammlungen für die Massenverbreitung der Parteiorgane zu wirken und demgemäß sich mit Agitationsnummern zu versehen. In den Monat Dezember fällt die Hauptwahltagung, wie die Wahl selbst; auf diesen Monat muß also hauptsächlich abonnirt werden, damit alle von den Parteiorganen ausgehenden Aufrufe, Agitationswinke und Weisungen weiteste Verbreitung und rasche Befolgung finden. Die Agitation wird dadurch ungemein erleichtert, viel Mühe und Geld gespart.

Von jetzt an bis zum Wahltag muß jeder Parteigenosse Tag und Nacht auf dem Posten sein, kein Opfer darf gescheut, vor keiner Anstrengung zurückgeschreckt werden. Namentlich Sorge man für Geld. Zur Wahl gehört wie zum Kriege Geld, Geld und obermal's Geld. In allen Fabriken, in allen Werkstätten, bei Versammlungen, Festen, Zusammenkünften aller Art müssen regelmäßig Sammlungen veranstaltet und deren Erträge den Wahlcomitè's zur Verfügung gestellt werden. Nur Ein Gedanke muß die Arbeiterpartei für die nächsten Wahlen befeuern, der Gedanke, zu siegen, und für diesen Gedanken muß sie bereit sein, das Aeußerste zu opfern.

Simsach, 17. November. Durch die verschiedenen Angaben betreffs des Wahltermins zum Reichstag haben sich die Parteigenossen des 15. Wahlkreises veranlaßt gefühlt, die Agitation, bez. Organisation von Wahlcomitè's energisch in die Hand zu nehmen und sind auch an vielen Orten solche gegründet. Es würde noch viel mehr Thätigkeit sich entfalten lassen, wenn erst die Gegner mit ihren Candidaten vor die Öffentlichkeit träten. Wie ich in Erfahrung gebracht, sind unsere Gegner soweit einig, daß sie uns gegenüber nur einen Candidaten aufstellen wollen, um zum Siege zu gelangen. Heute soll es in einer Zusammenkunft entschieden werden, welche Partei mit ihrem Candidaten uns gegenübertritt wird, die konservative oder die nationalliberale. Es wird aber dieses Vorgehen geeignet sein, dem Kleinhandwerker, Kleinbauer- und Arbeiterstand zu benehmen, daß dieselben Parteien, welche sich zur Zeit, als die Arbeiter sich noch nicht aufgerafft, um selbstständig vorzugehen, aufs entschiedenste bekämpften, sofort einig sind, wenn es gilt, gegen die Arbeiter zu gehen. Trotzdem wollen wir aber mit festem Muth in den Kampf eintreten und werden wir auch, wenn jeder Einzelne seine volle Schuldigkeit thut, nicht ohne Erfolg wirken. Denn bereits haben wir uns mit dem Parteisowie Landesauschuß in Verbindung gesetzt, um nöthigenfalls Unterstützung zu erhalten. Es ergeht daher an alle Parteigenossen des 15. Wahlkreises hierdurch die Mahnung, ungefähr alles zu thun, was zweckmäßig und notwendig erscheint, um zur Wahlschlacht vorbereitet zu sein. Auch müssen die Lokalcomitè's sich mit uns in Verbindung setzen, um durch zersplittertes Vorgehen nicht unnöthige Kosten zu verursachen, denn es werden von uns aus alle Agitationschriften bez. Flugblätter zur Verbreitung an die Lokalcomitè's gesandt werden.

Also auf, Arbeiter, zum Kampf! Durch Kampf zum Sieg! Das Arbeiter-Centralwahlcomitè des 15. sächsischen Wahlkreises.
J. A.: Carl Schumann, Heleneustr. 279.

Löhnitz i. S. Das Lokalcomitè für die Reichstagswahlen ist gebildet und hat seine Thätigkeit begonnen.

„Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie.“

Unter diesem Titel ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig eine Broschüre erschienen, die wir allen Parteigenossen, allen Wählern, überhaupt Jedem, der sich für politisches und parlamentarisches Leben interessiert, aufs Wärmste empfehlen. Auf 64 Seiten schildert der Verfasser, was der deutsche Reichstag ist, was er gethan und was die Arbeiterklasse von ihm zu erwarten hat. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände ist in schlagendster Weise nachgewiesen und die ungesunde Finanzwirtschaft im „Reiche“ vortreflich charakterisirt. Die Unzulässigkeit des Haftpflichtgesetzes, die wunderbare Verwendung der den Franzosen abgezogenen Kriegsentwädigung, die Mißhandlungen der Sozialdemokraten im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, Alles ist in ausführlicher Weise berührt und verleiht der Broschüre einen unschätzbaren Werth für die Agitation, namentlich für die bevorstehende Wahltagung. Wir lassen hier einen Abschnitt aus der Broschüre über den famosen „Kulturkampf“ folgen, den zur Zeit der Junker Bismarck angeblich gegen die Pfaffen führt.

„Die Thatsache der gewaltsamen Einigung Kleindeutschlands zum „Reich“ hat alle Gegner wider es in den Kampf gerufen. Die Thatsache, daß es ein „Reich“ mit „protestantischer“ Spitze sei, wie seine Freunde berricht und unklar ausgesprochen, mußte den unter der Decke fortglühenden religiösen Zwiespalt wieder wachrufen und in geschlossener Linie die ultramontane Opposition ins Feld führen, lebhaft unterstützt von dem Widerwillen eines großen Theils der ansehensreichen Bevölkerung gegen das hohennollernsche Preußen. So kam es, daß Staat und Kirche, die sonst so brüderlich sich unterstützten, wenn es das Volk zu knechten, zu verdammen und auszubeuten gilt, sich gegenständig in die Haare gerietzen. Der Kampf, der jetzt entbrannt ist, und auf der einen Seite von den Trägern der alten Traditionen der katholischen Kirche, auf der andern Seite von der reaktionären Staatsgewalt und der liberalen Bourgeoisie geführt wird, ist nicht ein Kampf für Bildung, Cultur und Civilisation, wie vielfach behauptet wird, sondern einfach ein Kampf um die größere Macht und die Herrschaft über die Massen. Die katholische Geistlichkeit sieht in dem absolutistisch-militärisch-protestantischen, den Interessen der Bourgeoisie Rechnung tragenden und alles seinen Zweden unterordnenden Staat eine Gefahr für ihre Macht und ihren Einfluß, der Militär- und moderne Klassenstaat in dem ans Herrschen gewöhnten und nach der Herrschaft strebenden katholischen Klerus einen unliebsamen Concurrenten. Der behauptete scharfe religiöse Gegensatz zwischen den beiden Lagern ist selbst nur Schein und Schwindel, denn die im „Reich“ der Gottesfurcht und frommen Sitte“ von allen Seiten gepflegte protestantische Orthodoxie unterscheidet sich in Bezug auf reaktionäre Gesinnung und Unbuddensamkeit in Nichts von dem katholischen Jesuitismus. Und unsere im Grunde genommen sehr unfröhlich und ätheistisch gesinnte Bourgeoisie würde mit tausend Freuden die Hülfe auch der katholischen Klerik in Anspruch nehmen, wenn sie nicht fürchtete, daß diese ihr die Massen abwendig machen und ihrem, für den eignen Sadel gar zu offen geübten rohen Materialismus und Ausbeutungshandwerk entgegen treten würde. Im Grunde ihres Herzens sind alle jene streitenden Parteien vollständig einig, wenn es sich um Unterdrückung des Volkes, um Bekämpfung jeder selbstständigen Regierung von unten handelt.

„Die Religion ist seit uralten Zeiten und bei allen Völkern das hauptsächlichste Nahrungsmittel und Ausbeutungsmittel gewesen. Einerlei ob die Priesterherrschaft selbst die Staatsgewalt in Händen hatte oder der Staatsgewalt diente, stets ist sie für den Rückschritt und die Barbarei eingetreten. Die Staatenlenker aller Zeiten haben in der Religion und ihren Dienern das vornehmste Mittel erblickt, das Volk in Abhängigkeit und Unterthänigkeit zu erhalten. Schon Aristoteles, der im 4. vorchristlichen Jahrhundert lebte, zeigt in seinem berühmten Werk „Politik“, wie der Tyrann handeln müsse, um seine Herrschaft zu erhalten. Er sagt unter Anderem: „Dann aber muß er (der Tyrann) sich den Schein geben, als nähme er es mit der Religion ungemein ernst. Denn von Solchen besorgen die Unterthanen weniger eine ungesetzliche Behandlung, wenn sie den Wandel des Herrschers für gottesfürchtig und fromm zu erkennen glauben und andererseits unternehmen sie nicht leicht etwas gegen ihn, da er ja die Götter zum Beistand habe.“ Ein anderer berühmter Schriftsteller, Machiavelli, der im 15. Jahrhundert lebte, sagt in seiner Schrift „Der Fürst“ im 18. Kapitel: „Er (der Fürst) muß die guten, menschlichen Eigenschaften haben oder noch besser zu haben scheinen; er muß besonders ganz Frömmigkeit, ganz Religion scheinen. Wenn auch einige ihn durchschauen, so schweigen sie doch still; denn die Staatsmajestät schützt den Fürsten, der dann vermöge dieses Schutzes, wenn es sein Vortheil erheischt, die gegentheiligen Seiten heraus lehren kann. Das Gros der Unterthanen wird ihn, weil er bei vielen Gelegenheiten, da es ihm nichts verschlingt, Gottesfurcht zeigte, immer für einen „ehrenwerthen“ Mann halten, auch da, wo er gegen Treu und Glauben und gegen die Religion handelte. Im Uebrigen soll der Fürst Kultus und Kirchenthum ganz besonders pflegen.“ Dieses offene Bekenntniß zweier kenntnißreichster Männer gewährt uns einen interessanten Einblick in das Gerieche der Systeme, durch welche die Welt geleitet wird. Die Rathschläge, die hier den Fürsten gegeben werden, denke man sich nur ausgedehnt und befolgt von den herrschenden Klassen und man wird verstehen, wie Leute den lieben Herrgott beständig im Munde führen und mit frommem Augenverdreben von der Wichtigkeit und Heiligkeit der Religion sprechen können, die innerlich über ihre eignen Worte und Gebarden lachen. Die Religion ist der Hauptstützpunkt aller Autorität;

wie soll aber die irdische Autorität, der Respekt und die Furcht und Ehen vor dem Höhergestellten auf Erden aufrecht erhalten werden, wenn die himmlische Autorität nicht mehr respektirt wird? Wie wird sich das „gemeine Volk“ mit den Tröstungen auf die Segnungen und Genüsse eines künftigen Lebens abweisen lassen, wenn es weiß, daß das Leben „im Jenseits“ nur ein frommer Wahn ist, gelebt und verbreitet, um das Verlangen nach den Genüssen und Gütern dieser Erde zu unterdrücken? O, die da lehrten: „Es ist eher möglich, daß ein Kameel durch ein Nadelohr gehe, als daß ein Reicher ins Himmelreich komme“, sie wußten, was sie thaten. Die Reichen haben sich durch den Spruch nicht ansprechen lassen, sie haben die Herrlichkeiten dieses Lebens bis auf die Hefe genossen und überließen die Tröstung auf die Ewigkeit dem dummen und betrogenen Volke. Auch im deutschen Reichstag ist sehr offen dieser Zweck der Religion anerkannt worden und zwar von einem Hauptwortführer der Ultramontanen, dem Abg. Grafen Vallestrom. Dieser erwiderte in der Sitzung vom 17. Juni 1872 auf eine Rede Bebel's gegen das Jesuitenabweisungsgesetz unter Anderm Folgendes: „Um den Arbeiter aber vor der Internationale zu schützen, muß man ihn christlich erziehen, man muß ihm Gelegenheiten geben, das Wort Gottes zu hören und seine religiösen Pflichten zu erfüllen, denn nur der entchristlichte Arbeiter ist zugänglich den Einflüsterungen der Internationale, das haben Sie ja aus den Reden unseres Collegen Bebel entnommen; wenn Sie dem Arbeiter erst den Himmel im Jenseits genommen haben, dann will er seinen Theil von diesem Himmel hier auf Erden haben; (Abg. Bebel: Sehr richtig!) den verspricht ihm die Internationale und dadurch hat sie Einfluß auf ihn; deshalb werden die Jesuiten immer die wirksamsten Gegner der Internationale sein.“

„Wenn dennoch der Kampf zwischen der katholischen Kirche einerseits und der Staatsgewalt und der Bourgeoisie andererseits ausgebrochen ist, so geschah dies nur weil die katholische Kirche ihrer alten Tradition gemäß sich als über dem Staate stehend betrachtet, der heutige Staat aber die Kirche unter sich haben will. Ein Theil der „Liberale“ sieht in diesem Kampf namentlich um deswillen mit ganz besonderem Eifer, weil dies ein billiges Mittel ist, in den Augen der Massen die sadsenscheinig gemordene „Freisinnigkeit“ wieder aufzurichten. Würde der katholische Klerus der Bismarck'schen Politik sich fügen — Herr von Bismarck und die Liberalen wären die besten Freunde von der Welt, und Jener würde nicht anstehen, die ultramontane Geistlichkeit auch heute wieder für sehr „nützliche Staatsbürger“ zu erklären, wie er dies bereits 1867 in einer Commission'sitzung im preussischen Abgeordnetenhaus bezüglich der Jesuiten gethan hat. Auch die Ausweisungen der Jesuiten und die Maßregelungen aller Art gegen den renitenten katholischen Klerus überhaupt beweisen nichts gegen unsere Ansicht. Sie beweisen nur, daß Herr von Bismarck, erbittert über den unerwarteten Widerstand der Ultramontanen, mit harten Gewaltmaßregeln eine von ihm und seinen Helfershelfern selbst großgezogene Macht unterdrücken zu können glaubt, und sie beweisen ferner, daß er ein höchst ungeschickter „Staatsmann“ ist. Er hat sich einen Feind auf den Hals geholt, den er in seinem Lebenswerk nicht treffen kann und treffen darf, der aber gegen ihn persönlich so erbittert ist und in hohen und höchsten Kreisen so viel Rückenhalt hat, daß er seinen erblichen Sturz ganz wesentlich herbeiführen wird. Schon heute giebt es zahlreiche Stimmen unter den eignen Freunden des Reichskanzlers, welche mit Schrecken die Dimensionen betrachten, welche der Kampf angenommen hat, und die fürchten, daß aus diesem Kampfe um die Macht — für viele Geister ein Kampf gegen die Religion entstehen und die Grundlagen des heutigen Staats selbst untergraben möchte. Bismarck möchte auch gern zurück aus der Sackgasse, in die er sich verannt hat, wenn er mit Ehren es könnte und der Klerus ihm eine goldene Brücke baute. Dieser aber weiß, daß schließlich Staat und herrschende Gesellschaft trotz alledem seiner bedürftigen werden und wird den Frieden so theuer wie möglich verkaufen.“

„Ist also nach alle diesem der Kampf zwischen Staatsgewalt und Klerus kein erster und zwar weil es in heiderseitigem Interesse liegt, ihn nicht über gewisse Grenzen auszudehnen, so sind doch die Mittel, womit man den Klerus zu bekämpfen sucht, entschieden zu verwerfen. Der Strafparagrah als Zusatz zum deutschen Strafgesetzbuch, wonach Geistliche, welche die Kanzel zu politischen und „staatsfeindlichen“ Agitationen benutzen, mit bis zu 2 Jahren Gefängniß belegt werden können, und das Jesuiten-Ausweisungsgesetz sind beide Ausnahmeseetze, die ein Hohn auf die Behauptung vom „Rechtsstaat“ sind, in dem wir leben sollen.“

„Begeht die Geistlichkeit Verbrechen und Vergehen, welche gegen die allgemeinen Strafgesetze verstoßen, dann klage man sie an und verurtheile sie gesetzlich, aber man erlasse keine Ausnahmeseetze, die eine Ungerechtigkeit sind, erbittern und stets als Ausdruck der Schwäche der herrschenden Gewalt angesehen werden müssen. Ist der Ausnahmeseetzgebung die Thüre erst einmal geöffnet, dann giebt es keinen Halt mehr. — Jede Meinung, welche der herrschenden Richtung sich nicht anbequemt, wird dann unter Ausnahmeseetze gestellt und verfolgt. Mit dem katholischen Klerus hat man begonnen, mit den Arbeitern fährt man fort, wie bereits eine Anzahl Anträge und verschiedene Gesetzentwürfe bekunden. Auch hat Herr von Bismarck nach dieser Richtung in sehr deutlicher, unumwundener Weise in öffentlicher Sitzung des preussischen Herrenhauses am 24. April dieses Jahres sich ausgesprochen, indem er sagte: „Gegen diese beiden Parteien, gegen welche die Regierung nach ihrer vollen Ueberzeugung die Pflicht der Nothwehr hat — gegen die Partei der weltlichen Priesterherrschaft ebenso wie gegen die Partei der Internationalen, welche beide die Nation, die nationale Bildung und den nationalen Staat leugnen, die ihn

ntergraben, angreifen oder bedrohen — gegen diese beiden Parteien müssen meines Erachtens alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Lebens am Herzen liegt, zusammenstehen. Zu der Aufgabe müssen sich alle Elemente zusammen scharen, die ein Interesse an der Erhaltung des Staats und seiner Bertheiligung haben, theils gegen diejenigen, die offen sagen, was sie wollen, theils gegen die, die nur einstweilen den Staat untergraben und sich vorbehalten, etwas an seine Stelle zu setzen, was sie nicht sagen — gegen diese Gegner müssen sich alle ehrlichen Leute, alle diejenigen, die ehrliche Freunde und treue Anhänger Sr. Majestät des Königs und des königlich preussischen Staats sind, zusammenscharen.“ Die Polemik, die Herr von Bismarck hier gegen die Internationale führt, gilt den Arbeitern aller Klassen überhaupt, denn wo nur ein Strich ausgebrochen, die Arbeiter irgend eine selbstständige, den Ausbeutern unbequeme Haltung zeigen, sind es „Agenten der Internationale“, die sie „aufheben“. Die Befolgungs- und Verleumdungsfucht der Leute von der „fatten Tugend und zahlungsfähigen Moral“ ist zur Epidemie geworden; dagegen kämpft man mit Vernunftgründen vergeblich an.“

Schon dies vorstehende Citat wird Jedem beweisen, daß die Broschüre sich vortrefflich zur Agitation eignet. Der Verfasser hat indessen, um seine Arbeit noch zweckmäßiger zu machen, derselben einen Anhang beigegeben, der Winke für die Agitation Auszüge aus den Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuch, dem Reichswahlgesetz, der Wahlgesetzverordnung, sowie eine Liste der bei „Gründungen“ beteiligten Mitglieder des Reichstags enthält. Die Broschüre ist somit geradezu unentbehrlich für die Wahlagitator; sie zeigt alle Mittel, welche wir für uns und wider die Gegner benutzen müssen und verbreitet Klarheit über die Verhältnisse, mit welchen wir rechnen und gezwungen sind.

Wir müssen also jedem Parteigenossen, jedem Arbeiter, jedem Wähler die Broschüre dringend empfehlen. Wer sie noch nicht hat, der schaffe sie sich an und zwar sofort, noch vor der Wahl, damit er dieselbe noch zweckmäßig benutzen kann. Der Preis (3 Sgr.) ist ja ein so geringer, daß ihn Jedermann ausbringen kann, und für diese 3 Groschen hat man dann für immer das reichhaltigste Material.

Die Gegner verwenden Tausende von Thalern auf die Wahlagitator, wir, die wir vorzugsweise mit geistigen Waffen kämpfen, müssen eben daran wenden, so viel wir können und um dies der Arbeiterklasse möglichst zu erleichtern, ist die Broschüre geschrieben.

Darum besinne sich Niemand. Die Zeit dazu ist jetzt um, die Zeit des Handelns ist erschienen. Also die Broschüre angeschafft und nach ihren Anweisungen gehandelt, ihr Material klug verwendet, so muß der Sieg mit Euch sein!

Wer die Revolutionen „macht“.

II.

Wenn wir von Revolutionen sprechen, die „gemacht“ werden, verstehen wir natürlich darunter die Revolutionen im staatsanwaltschaftlichen Sinne, die gewaltsamen, meist blutigen, gewöhnlich sehr blutigen Staatsumwälzungen, von denen uns die Geschichte so viele Beispiele gibt. Wir verstehen nicht darunter die Revolutionen im kulturhistorischen Sinn, das heißt die nach bestimmten Gesetzen sich vollziehenden Veränderungen der politischen und sozialen Zustände — Veränderungen, die in ununterbrochener Reihenfolge vor sich gehen, so daß es eigentlich ungenau ist, von Revolutionen im Plural (der Mehrzahl) zu reden, da die ganze Entwicklung des Menschengeschlechts nur eine fortlaufende Revolution ist. In der That, man kann mit vollem Recht sagen: Geschichte ist Revolution. Geschichte und Revolution sind identisch. Man hat zwar behauptet — und im vergangenen Jahr schloß sich ein aus London datirender wisaere (Allerweltswisser) der „Frankfurter Zeitung“ dieser spießbürgerlich-staatsanwaltschaftlichen Auffassung an — es sei rein willkürlich seitens der deutschen Sozialdemokraten, daß sie das Wort Revolution in dieser Bedeutung gebrauchten, die mit dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nicht übereinstimme, und es werde dadurch nur Verwirrung erzeugt. Das sind aber haltlose Einwürfe. Auf den gewöhnlichen Sprachgebrauch kommt es bei wissenschaftlichen Definitionen überhaupt nicht an, und das aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Wissenschaft sich über das Niveau des Gewöhnlichen, Alltäglichen, Jedem schon Bekannten zu erheben hat, und sie folglich auch mit der gewöhnlichen Sprache nicht ankommen kann. Die Wissenschaft muß sich darum ihre eigene Sprache schaffen, zu der sie sich freilich das Material aus der gewöhnlichen Sprache heranzieht, jedoch nur um es über den gewöhnlichen Sprachgebrauch zu erheben. Und im vorliegenden Fall findet nicht einmal eine Abweichung von dem gewöhnlichen Sprachgebrauch statt. In der ganzen modernen französischen Literatur wird das Wort Revolution neben der konkreten Bedeutung einer bestimmten gewaltsamen Umwälzung auch in dieser abstrakten Bedeutung des allgemeinen Entwicklungsprozesses angewandt. Und es wird doch wohl Niemand in Abrede stellen, daß unsere (deutsche) politische Sprache, wie unsere politischen Gedanken und Systeme (der Nordpatriotismus mag vor Wuth plagen!) wesentlich den Franzosen entlehnt sind. Für den Sprachgebrauch in Frankreich wollen wir hier ein schlagendes Beispiel anführen — schlagend besonders für die Herren Staatsanwälte. Der Mann in Frankreich, welcher am wenigsten im Geruch sozialistischer Befinnungen sein wird, weil er am Meisten gethan hat, um seinen Haß gegen den Sozialismus zu beweisen — ist nebenbei auch Verfasser einer Geschichte der französischen Revolution. Der Mann heißt Thiers — gewiß ein unverdächtig Zeug nach dem Herzen sozialistischer Richter und Staatsanwälte. Wohl an, im ersten Band seiner, beiläufig vor mehr als 40 Jahren vollendeten Revolutionsgeschichte (zum mindesten nennt er es Geschichte), sagt Herr Thiers anlässlich der Debatten vor Zusammentritt der französischen Reichsstände (Generalstände, Etats généraux) (S. 19 der Brochüre) (der alten Generalstände) und über gewisse Punkte hatte man nach Köpfen gestimmt; manchmal hatte man nach Provinzen und nicht nach Ständen beraten und beschlossen; oft waren die Absichten zusammengeworfen an Zahl gleich. Wie nun auf diese alten Gebräuche zurückgreifen? Hatten die Gewalten des Staats sich nicht in einer ununterbrochenen Revolution befunden? (Les pouvoirs de l'état n'avaient-ils pas été dans une révolution continuelle?) Die königliche Autorität, anfangs souverän (?), dann besetzt und ihrer Macht beraubt, von Neuem mit Hilfe des Volks sich erheben und alle Gewalten wieder an sich reißen, bot das Schauspiel eines beständigen Kampfes, eines stets wechselnden Besitzes dar. Man sagte dem Clero: wenn die alte Zeit maßgebend sei, so bilde er keinen Stand; dem Adel: nur die Inhaber von Leben könnten dann gewählt werden, und

die Mehrzahl des Adels sei folglich von der Vertretung ausgeschlossen; den Parlamenten: sie seien nur ungetreue Beamte des Königs — und Allen: daß die französische Constitution (Staatsverfassung) nur eine lange Revolution sei (quo la Constitution française n'était qu'une longue révolution), in deren Verlauf jede Gewalt nach einander geherrscht habe; daß jede Einrichtung eine Neuerung gewesen sei, und daß in diesem großen Conflikt nur die Vernunft entscheiden könne.“

So Thiers. Was er von der französischen Geschichte und der französischen Verfassung sagt, gilt von der Geschichte aller anderen Länder, von der Geschichte überhaupt. Geschichte aller Culturvölker ohne Ausnahme ist „Eine lange Revolution“. Völker ohne Revolution haben keine Geschichte, sind kein Volk. Die Weltgeschichte ist die Revolution in Permanenz. Und jeder Versuch, diesen permanenten, ununterbrochenen, nach unabänderlichen Gesetzen sich vollziehenden gesellschaftlich-staatlichen Erneuerungsprozess, welchen Sprachgebrauch und Wissenschaft als Revolution im weiteren Sinne bezeichnen, gewaltsam zu hemmen und zu stören, führt mit Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Reaktion aus dem Inneren des Staats- und Gesellschaftskörpers, und diese Reaktion ist die Revolution im engeren Sinne, die Revolution der Staatsanwälte. Kurz, was die Herren Staatsanwälte unter Revolutionen verstehen, sind nur kleine Zwischenfälle in der allgemeinen Revolution. An dem Beispiele Frankreichs haben wir gesehen, wie solche Revolutionen „gemacht“ werden. Was von dieser Revolution, der Revolution par excellence gilt, das gilt von allen Revolutionen. Privatpersonen, und wären sie noch so reich und mächtig, haben nicht die nötige Gewalt zu einer gewaltsamen Störung des allgemeinen Entwicklungsprozesses. Diese Gewalt haben nur die Regierungen, und die „Kriegzeitung“ hat darum vollkommen recht, wenn sie sagt, Revolutionen würden „jedemal von oben“ begreifen. Nicht bloß begreifen, sondern „gemacht“ von A bis Z. Unter guten Regierungen, d. h. Regierungen, die das Gesamtinteresse und die Gesamtinteressen der den Staat bildenden Individuen vertreten, sind Revolutionen einfach unmöglich; Revolutionen können nur, und müssen sich ereignen unter Regierungen, welche entweder in den geschichtlichen Entwicklungsprozess ungeschickt hineinspringen, oder nur die Interessen eines Theils der Staatsbürger, einer Klasse, eines Standes vertreten, und die Interessen des Restes, der meistens die große Mehrheit ist, vernachlässigen, schädigen; den Interessen der Bevorzugten opfern. Eine gute, verständige Regierung leitet den Strom der wogenden Volkskraft über das ganze Land, indem sie ein, alle Gebiete und Bezirke umfassendes, die Fluthen gleichmäßig vertheilendes Schleusen- und Bewässerungssystem organisiert; eine schlechte, unverständige Regierung sucht den Strom zuzudämmen, was unvermeidlich heftige Ueberschwemmungen zur Folge hat, und schließlich doch nicht hindert, daß sich die Wassermassen den Weg wieder öffnen, den ihre natürliche Schwere ihnen gebieterisch anweist. Mitunter machen solche Pflückerregierungen noch im letzten Moment, wenn sie die Unwiderstehlichkeit der Elementarkräfte zu ahnen anfangen, ein Loch in den Damm, um dem Strom einen harmlosen Abfluß zu gestatten. Das hat aber bloß die Wirkung, daß der Damm, mit allem was drauf und dran ist, etwas rascher hinweggespült wird, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Summa Summarum: Nur die Regierungen haben die Mittel, Revolutionen zu verhüten, und Revolutionen zu „machen“.

Jede Revolution ist, abgesehen von sonstigen schlimmen Konsequenzen das vernichtendste Armuthszeugniß für die Regierung, unter welcher sie ausbricht, durch welche sie veranlaßt wird, und welche für sie nach jeder Richtung verantwortlich ist (auch ohne Ministerverantwortlichkeitsgesetz). Jede Regierung, unter der eine Revolution stattfindet, ist um deswillen eine schlechte Regierung.

Genug. Wir Sozialdemokraten „machen“ keine Revolutionen; wir studiren den revolutionären Entwicklungsprozess von Staat und Gesellschaft, der auch ohne daß wir gewaltsam eingreifen, mit schwindelnder Schnelligkeit vor sich geht, und wir weben im Uebrigen nach Kräften mit am sauberen Webstuhl der Zeit; Revolutionen zu „machen“, das überlassen wir den Regierungen, Kaisern, Königen, „genialen Staatsmännern“, Staatsanwälten, Stieberten, Rüdern und wie das Bismarck'sche „Volk“ all heißen mag. Aller Segen kommt von oben, heißt's in der Bibel.

Politische Ueberzicht.

— Im dunklen Schooße des Bundesrathes regt es sich. Der Geist des Bismarck-Schellingschen Reichspräsidenten und des § 20 geht dort um. Die Ausschüsse des Bundesrathes, welche mit der Preßgesetz-Vorlage beschäftigt waren, sind angefordert worden, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. So erzählt das „Deutsche Wochenblatt“, dessen Redakteur, Dr. Kayhler, wenn wir uns recht erinnern, als Berichterstatter beim „Einzug“ in Paris in Gefahr war, aufgehängt zu werden, während ihn kürzlich Kaiser Wilhelm bei Anwesenheit des Czaren von allen Redactoren der Regierungspresse allein zur „Hofstafel“ zog. Unsere Leser werden jetzt wissen, zu welcher Kategorie von „Patrioten“ sie diesen Mann zu rechnen haben, und wir thun ihm nicht zu viel Ehre an, wenn wir schließen: Wenn er es sagt, daß das Preßgesetz wieder aufgesetzt wird, dann muß es wahr sein. Den Versuch, der Weltgeschichte einen Maßstab für die „Cultur“ des Jahres 1874 im Gestalt des § 20 zu liefern, wird also unser „Genialer“ doch machen und Schelling der Sohn ist auf dem Wege, eine „Berühmtheit“ zu werden, wenngleich etwas anderer Art, wie Schelling der Vater. Wir werden noch Wunderdinge erleben mit diesem Preßgesetzentwurf. Wird er angenommen, so kommt jenes alte Weib zu Ehren, welches dieser Tage von der Zuhörtribüne im preussischen Landtage eine Petition an einer Schnur herabgelassen und dieselbe auf diesem ungewöhnlichen Wege der gnädigen Beachtung des „hohen Hauses“ empfohlen hat. Wenn das Preßgesetz kommt, werden wir eine Menge politischer alter Weiber, zum Theil mit großen Bärten versehen, diesem Beispiele folgen und von der Tribüne der öffentlichen Meinung Bittpetitionen herablassen sehen, damit der „Lenker unserer Geschicke“ — bei dessen Nennung liberalerseits wir oft nicht wissen, ob Gott oder Bismarck gemeint ist — Gnade üben und die braven Redacteurs, die doch so wader auf die „verkommenen“ Franzosen geschimpft, nicht einer so „strammen Disziplin“ unterwerfen möge. Wer will es uns vertragen, wenn wir uns auf ein solch erhebendes Schauspiel freuen?

— Schwabenstrolche. In der schwäbischen Kammer wurde dieser Tage ein Befehlentwurf über die Hundsteuer verhandelt. Dem Berichterstatter passirte dabei das Malheur, daß er die Vertreter des schwäbischen Volkes: „Meine Hunde!“ anredete, während ein anderer Volksbeglückter das Institut der Maulkörbe nicht warm genug empfehlen konnte. Wir erwähnen diese Dinge

besonders, weil sie ein treffliches Seitenstück bilden zu der Auslassung jenes preussischen Junkers, der im Herrenhause auch noch den Stallhuf in der Nase stecken hatte und das hohe Haus mit der Ansprache: „Meine Pferde!“ beehrte. Pferde und Hunde haben wir nun schon; hoffentlich wird auch bald das andere Gethier, als da sind Ochsen, Esel, Schafe, Böcke, Rhinocerosse u. s. w. auf dem parlamentarischen Tummelplatz erscheinen! Wir lieben nämlich die Vollständigkeit und haben alles Halbe.

In derselben schwäbischen Kammer hat im vorigen Jahr die Volkspartei den Antrag gestellt, die schwäbische Regierung solle aufgefordert werden, beim Bundesrath auf die Gewährung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten zu dringen. Damals blieb der große Papierkorb des Bundesrathes, in welchen auch schon der durch Schulze-Delisch veranlaßte Beschluß des Reichstags betreffs Gewährung von Diäten gewandert ist, verkhont; diesmal wird er Füllsel erhalten, denn die schwäbische Kammer hat den gleichen Antrag, wie den der Volkspartei, den sie verwarf, nunmehr genehmigt und zwar, weil er von nationalliberaler Seite gestellt worden ist. Wie man sich in Berlin in's Häuschen lachen wird über die Raivetät schwäbischer Hinterwalder-Parlamentler, die noch so wenig politische Erfahrung haben, daß sie aus dem Schicksal des Schulze'schen Antrags auf Gewährung von Diäten nicht einmal errathen können, welches Schicksal ihres eignen Beschlusses harret! Und Schulze ist eine „Größe“, die mit 40,000 Thalern von der deutschen „Nation“ abgekauft worden ist, und an solch einem Schulze schließt der bundesrathliche Papierkorb doch sicherlich schwerer als an den Nationalliberalen des schwäbischen Landtages.

— Moderne Folter. Zu der in Nr. 112 geschilderten Behandlung des im Gefängniß zu Stettin todtequälten Steinbruderlehrlings August Nitsche wird uns noch weiter geschrieben:

„So haarsträubend diese Erzählung ist, so wenig unwahrscheinlich klingt sie; es ist nichts darin, was nicht mit der in Deutschland und namentlich auch in Preußen herrschenden „Gefängnisordnung“ (!) im vollsten Einklang stünde. Unser ganzes Gefängniswesen ist eben ein „Schandstüd der Civilisation“, und eines „Culturkampfes“ wohl werth. Nach der in der Berliner Stadtvoigtei, als im Centrum und Brennpunkt der intelligenten, staatslichen Intelligenz gültigen, in allen Zellen aufgehängten „Hausordnung“ können über jeden Gefangenen — Untersuchungsgefängene ausdrücklich eingeschlossen! — der den Beamten und Aufsehern nicht „unbedingten Gehorsam“ leistet, und irgendwie sich gegen die „Hausordnung“ vergeht, d. h. z. B. an ein Fenster herantritt, laut spricht, sich weigert, einen Mitgefängenen zu benutziren (!), folgende Strafen verhängt werden:

- 1) Entziehung der warmen Kost (für jedes einzelne Vergehen (!) auf eine Zeit von 1 bis 14 Tagen, die soll sich auf Entziehung, nicht Zeit beziehen; die preussische Polizei sieht über der Grammatik wie weiland der deutsche Kaiser) durch Entziehung des Tageslichts verschärft werden kann; u. s. w.
- 2) Anlegung der Zwangsjacke, resp. Einsperrung in den Zwangsstuhl bis auf 8 Tage. (S. Radendorfs Prozeß.)
- 3) Anschließung an die Kramme (!).
- 4) Einschließung in die sogenannten Isolirlokale.
- 5) Fesselung (!).
- 6) Körperliche Züchtigung (!).“ Das heißt Stockprügel! Alles à discretion (nach Gutbefinden des Gefängnisbeamten).

Wo sind die Herren „Culturkämpfer“?

— „Bürgschaften des Friedens“. Wenn zwei Könige oder Kaiser sich besuchen, sich küssen und zusammen tafeln, gleichviel ob ihre Völker sich gegenseitig tüchtig durchgeprügelt haben, oder nicht, so pflegt dies die deutsche Presse eine „Bürgschaft des Friedens“ zu nennen. Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß wir solchen „Bürgschaften“ wenig Werth beilegen können und zwar einmal deswegen, weil mit solchen „Bürgschaften“ schon sehr traurige Erfahrungen gemacht worden sind; zum Andern, weil es durchaus nicht in der Macht Einzelner liegt, sie mögen Kronen tragen oder nicht, einen derartigen Einfluß auf die politische Entwicklung auszuüben, daß man das Wort „Bürgschaft des Friedens“ in seinem vollen Sinne gebrauchen kann. Wir sind im Gegentheil der Ueberzeugung, daß bei den bestehenden politischen Verhältnissen gar keine „Bürgschaft“ gegeben werden kann, denn dieselben sind derart auf die Spitze getrieben, daß aus den kleinsten Verwicklungen eine allgemeine Valgerei entstehen kann. Wenn eine große Anzahl „patriotischer“ Narren und Bierhauspolitiker an eine lünftige Friedenssacra glaubt, weil Bismarck in Frankfurt beim Friedensschluß gesagt hat: „So lange ich lebe, giebt es keinen Krieg mehr!“, so können wir dies zwar bedauern, aber nicht helfen, wenn diese Herren eines Tages grausam enttäuscht werden. Denn die riesigen stehenden Heere in ganz Europa mit ihren Kanonen, Flinten, Säbeln und ordenshungrigen Junkern, die vielen Kriegsschiffe und Festungen sind doch sicherlich nicht zu irgend einem harmlosen, „friedlichen“ Zweck da, sondern einfach um — des Krieges willen. Macht und nur keine Flaufen, ihr Herren „Patrioten“, von „ausgedehnter Wehrkraft“ und „Erhaltung des Friedens durch ein starkes Heer“ — wir wissen schon, woran wir sind. Hättet ihr gesunde Menschenverstand, so müßte euch gruselig werden, wenn ihr eure eignen Blätter leset.“ Zum Beispiel: Der militärische Berichterstatter der „Schlesischen Presse“ schreibt am Schluß eines längeren Berichtes über die sehr günstig ausgefallenen Schießversuche mit den neuen Geschützen, welche am 20. v. M. vor dem Kaiser stattgefunden haben, daß seit etwa einem Monat die Umformung des Artilleriematerials mit dem größtmöglichen Eifer betrieben wird; „man ist in maßgebenden Kreisen entschlossen, in diesem Winter die Neubeschaffungen so weit zu fördern, um nöthigenfalls im nächsten Frühjahr die gesammte Feldartillerie mit Geschützen neuer Konstruktion auszurüsten zu können. Auch ist anlässlich jenes Schießversuchs der allerhöchste Befehl ergangen, sämtliche reitende Batterien mit den neuen Geschützen auszurüsten und in Folge dessen die Detre nach dem Essen gelangt, die hierzu nötige Zahl — 380 Geschütze (für 45 Batterien und 16 Erjagbatterien) — schleunigst anzufertigen.“ Ist dies vielleicht nicht deutlich genug? Zu welchem Zweck hat es wohl die preussische Regierung mit den neuen Geschützen so eilig? Natürlich nur zum Zweck des „Friedens“, da ja Kanonen und reitende Batterien höchst „friedliche“ Instrumente sind. Das „Nöthigenfalls im nächsten Frühjahr“ dürfte doch klar beweisen, daß auch die preussische Regierung nicht weiß, ob wir im nächsten Frühjahr Krieg oder Frieden haben werden. Und doch „Bürgschaften des Friedens“?

— In der letzten Nummer des „Vollstaats“ wiesen wir an der brutalen Austreibung unseres Parteigenossen Moje aus der Schweiz nach, daß die Bourgeoisrepublik nur eine Carrikatur des demokratischen Gedankens — auch in politischer Hinsicht — ist. Wir wollen zur Ergänzung heute ein eklatantes Beispiel vorführen, daß auch in ökonomischer Beziehung — und zwar ganz besonders nach dieser Richtung hin — die Bourgeoisrepublik nicht nur eine Carrikatur des demokratischen Gedankens, sondern auch nicht weniger als die andern bestehenden Staatsformen der Tummelplatz roher

Lebensschaffen, niedrigster Ausbeutungswuth und tollster Klassen-tyrannie ist. Zur Evidenz beweist dies ein kurzer Satz aus einem Bourgeoisblatt, welches „Der Papierhandel“ heißt und bei diesem laumpöhligen „Geschäft“ die Interessen der Papierfabrikanten zu wahren berufen ist. Es thut dies nämlich mit folgenden Worten:

„Die strenge Geschäftszeit ist da, Weihnachten steht vor der Thür, was ist also natürlich, als daß die Herren Arbeiter zum Dank, daß man sie den Sommer über gefüttert hat, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herab und dafür getrennt der internationalen Logik, die Löhne hinausschrauben wollen.“

Der Wadere, der diesen unzahlbaren Satz ausgeklügelt hat, ist ein gewisser Herr Kraft in Brugg, also ein „freier Schweizer“. So weit hat es Herr Henl in Worms doch nicht gebracht. Herr Henl hat wenigstens nur in die Welt hinaustrumpfen lassen, daß die Hungerlöhne „seiner“ Arbeiter ausreichend, hoch, ja muster-gültig seien; aber die Frechheit des schweizer-republikanischen Bourgeois, „seiner“ Arbeiter zu sagen, daß sie von ihm „gefüttert“ würden, hat er doch nicht belesen. Die Herren Bourgeois leisten in der Presse an jesuitischer Uebersetzungskunst Erstaunliches: statt „Diebstahl“ sagen sie „Unternehmergewinn“; statt „Sozialdemokrat“ sagen sie „Theiler“; statt „Ausbeutung“ sagen sie „blühende Industrie“ und statt „von den Arbeitern gefüttert werden“ sagen sie „die Arbeiter füttern“, verkehren also im letzten Fall einfach das Passivum in das Activum. Interessiren würde es uns, zu sehen, wie es in dem Gehirn eines Bourgeois aussieht, der im Glauben lebt, die Arbeiter würden von den Arbeitgebern „gefüttert“ und es würde unschätzbar sein, zu erfahren, welche Vorstellungen sich solch eine Leuchte der Volkshinder von den ökonomischen Verhältnissen oder gar von den Gesetzen, welche dieselben beherrschen, macht. Solchen Gesellen wie dem Herrn Kraft gegenüber befolgen wir allerdings eine „internationale Logik“, die sich kurz allenfalls in dem Satze ausdrücken läßt, daß ein gewisses langohriges „Denker“-Thier vom Lautenschlagen gewöhnlich Nichts zu verstehen pflegt. Mit dieser Logik „gefüttert“ wollen wir ihn springen lassen. Hoffentlich „füttern“ ihn auch „seiner“ Arbeiter damit und verwandeln auf diese Weise ebenfalls das Passivum in das Activum!

Ueber den Geldschwandel schreibt das „Fürther demokratische Wochenblatt“:

„Allenthalben hört man über den Mangel an kleinen Münzen, sowie über den Geldschwandel im Allgemeinen klagen. Neues Geld ist noch nicht da und das alte wird nach und nach diskreditirt, somit muß ein und für sich eine heillose Kalamität entstehen. Kaum war der Kummel mit den holländischen Gulden vorbei, so folgte schon der mit den österreichischen, welcher bis heute noch sein Ende nicht erreicht hat. Gegenwärtig sind die öst. Viertelgulden und Sechser an der Reihe, ebenso erfahren die französischen Silbermünzen, anerkanntermaßen die besten in Europa, eine Herabsetzung ihres Nennwerthes. Es versteht sich allerdings von selbst, daß jeder Staat das Recht hat, fremde oder veraltete Münzen abzuschaffen; aber er hat dann auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch eine derartige Maßregel das Volk, und namentlich der be- schuldete Theil desselben nicht zu Schaden komme. Allein wer ist denn an den jetzigen Geldwirren außer den Alles beschwandelnden Gründern anders schuld, als gerade der Staat? Durch den „glorreichen“ Krieg von 1866 wurde eine kolossale Masse von österreichischen Silbergulden nach Preußen gebracht; anstatt dieselben unzugänglich, ließ man sie einfach circuliren und jetzt sollen sie mit aller Gewalt außer Cours gesetzt werden. Hätte man bei Zeiten für eine hinlängliche Summe neuen Geldes gesorgt und eine bestimmte Zeit festgesetzt, zu welcher die „verschlagenen“ Münzsorten noch zum vollen Werth eingezogen werden, so wäre der ganze Geldschwandel, wie er jetzt getrieben wird, vermieden worden. Mit dem französischen Gelde verhält es sich ähnlich wie mit dem österreichischen. Man hätte die Eingiehung und Umprägung aller dieser Münzen ganz gut ohne Schaden für den Staat bewerkstelligen können, da ja bekanntlich die neuen Sorten, mit denen die deutschen Michel stets an das ihnen abgepreßte Mark erinnert werden sollen, bedeutend weniger Werth haben, als die alten, die man anzumerken sich ansieht. Welche Saunerei gegenwärtig mit dem entwertheten Gelde getrieben wird, geht aus folgendem Fall hervor. In Mainz werden die österr. Sechser (6 Kreuzer südd. etwa 1/2 Silbergroßchen) noch zum vollen Werthe genommen. Nun fahren täglich verschiedene ehrliche Spigbuben, welche von der Brellerei ihrer Mitmenschen leben, nach Frankfurt und den benachbarten bayerischen Städten, wo diese Sechser 3, 4 bis 5 Kreuzer kosten, kaufen große Massen zusammen und bringen sie dann in Mainz zum vollen Werth an den Mann. Das nennt man heut- zutage „Geschäftsmacherei“. Die Melkerei für diese Schwindel- künste muß natürlich nur der Arbeiter und Kleinbürger abgeben.“

Es ist sogar vorgekommen, wollen wir hier hinzufügen, daß den Soldaten ihre kargliche Löhnung in Geld ausgezahlt worden ist, das gerade in Verzug gekommen war. Wo es sich um „Gewinn“ handelt, da wetteifern der Staat und die herrschenden Klassen miteinander, und unter den heutigen Verhältnissen wird der Marx'sche Ausspruch stets richtig bleiben: „Geld ist Dreck, aber Dreck ist nicht Geld.“ Das Geld für die herrschenden Klassen, die Bourgeoisie und die Börsengänger, den Dreck für das Proletariat — das ist auch eine Maxime der heutigen Gesellschaft!

Der Prozeß Bazaine schleppt sich langsam fort und wird zum juristischen Wandwurm, was indeß durchaus nicht hindert, daß der Angeklagte, Herr „Achilles“ Bazaine, sich als einer jener „ehelichen Leute“ herausstellt, die zum mindesten den Namen Schuft verdienen. Dieser Tage sind die Gemeinderäthe von Metz vernommen worden und ihre Aussagen sind zu charakteristisch, als daß wir sie nicht ausführlicher wiedergeben sollten. Wir benutzen dabei eine blühende Zusammenfassung des „Frankfurter Beobachters“, wo es heißt:

„Der Kaufmann und Gemeinderath von Metz, Bedin, erhebt gegen die unerhörte Vernachlässigung der wichtigen Ernährungsfrage seine Stimme. Man habe nicht nur die Lebensmittel ver- schwendet, sondern auch gar nichts gethan, um die massenhaft in der Umgegend befindlichen, ja nicht einmal die im Bereich der Festungsartillerie lagernden Vorräthe in die Stadt zu schaffen. Zeuge gibt die detaillirtesten Angaben, wonach die Festung min- destens bis Ende November gehalten werden konnte. Bei einer Durchschnittsration von 500 Gramm täglich mußten die 150,000 Mann der Armee bis zum 27. November Lebensmittel besorgen; und doch habe General Coffinieres schon am 13. November ge- meldet, daß sich in den Magazinen der Stadt keine Vorräthe mehr befänden. Wo war der Rest hingekommen? Bei jedem Appell erhielten die Truppen Lebensmittel auf mehrere Tage, die sie so- fort aufbrauchten. Außerdem wurden auch die Pferde mit Ge- treide gefüttert, was schon mit Rücksicht auf den Gehalt an Nah- rungstoff unpraktisch ist. So ging eine Quantität Proviant verloren, welche zur Ernährung für einen ganzen Monat gereicht hätte, und zwar zu einer Zeit, wo die Rettung Frankreichs viel- leicht von einigen Tagen mehr oder weniger abhing. Er, Zeuge, habe persönlich in den fünf Bataillon, welche in einer Entfernung

von wenigen Kilometern im Bereich der Metz Forts liegen, eine Aufnahme vorgenommen. Nichts sei geschehen, um die 35,000 Centner Getreide, welche sie liefern konnten, einzubringen; man wartete, bis sie gegen Ende September von den Preußen unter den Kanonen von Metz verbrannt wurden. — Ferner wurde das Schloß Metz den Deutschen überlassen, was nach dem einstim- migen Urtheile kompetenter Persönlichkeiten ein ungeheurer strate- gischer Fehler war. Die Sache ist dermaßen unerklärlich, daß man es nicht wagt, bis in die Tiefen dieser mysteriösen Angelegen- heit zu dringen, in welcher die Politik gewiß eine bedeutende Rolle spielen mußte. Hr. Bedin schließt seine Aussage mit folgenden bedeutungsvollen Worten: „In Metz betrachtet man alles Geschehene als eine pure Komödie.“ Der General Coffinieres, fährt der Zeuge auf die weitere Befragung fort, habe gar nichts gethan, um die Stadt mit Lebensmitteln zu versehen. Metz und Umgegend seien außerordentlich fruchtbar, und es sei unmöglich, dort den Hungertod zu sterben. Was geschehen ist, bilde ein unerhörtes Verbrechen! Wenn Bazaine ... Der Präsident unterbricht hier den Zeugen und fordert ihn auf, seine Gefühle im Zaume zu halten. Bedin, in großer Erregung, erwidert, daß es den Metz Bürgern fast unmöglich sei, über diese Dinge eine maßvolle Sprache zu führen. „Wir kommen außer uns; ich weiß, daß es Unrecht ist; aber ich kann mir nicht helfen.“ Vom Regierungskommissär inter- pellirt, bemerkt er zum Schluß: „Man hat gar nichts gethan, man ließ die Soldaten den Hungertod sterben, obgleich es ein Leichtes war, für ausreichende Ernährung zu sorgen. Die Bevöl- kerung bewies die größte Hingebung; aber wir mußten alles dies geschehen lassen, weil es der Festungscommandant so wollte ... Lachaud Pere verzichtet auf die Anfrage des Präsidenten darauf, Fragen an den von einer sehr erklärlichen Aufregung hingerissenen Zeugen zu richten. „Es gibt“, sagt der Advocat, „eben Schmer- zeth, die man ehren muß!“ Der nun folgende Zeuge, Gemeinderath Magnin, bestätigt die obigen Angaben ihrem vollen Inhalte nach. Seine Schritte bei General Coffinieres, um für Herbei- schaffung von Lebensmitteln zu wirken, seien erfolglos gewesen. Seine dringende Bitte, eine Proclamation in diesem Sinne an die Bevölkerung zu erlassen, sei zurückgewiesen, „weil die Einwoh- ner dadurch in Schrecken gesetzt würden.“ (!) Man habe in Metz 4000 Wagen und 16,000 Pferde gehabt, mit denen man in sechs Tagen aus der Umgegend Getreide und Nahrungsmittel hätte her- beischaffen können, hinlänglich, um die Armee und die Festung für ein ganzes Jahr zu verproviantiren!! Magazine für die Aufbewahrung seien mehr als genügend vorhanden gewesen. Zeuge kommt nun auf die Bestände an Tuch und Schuhwerk für die Armee zu sprechen. Die Soldaten litten schrecklich von der Kälte; es fehlte ihnen an den nothwendigsten Bekleidungsgegenständen. Und doch waren, wie aus einem vor dem Metz Handelsgerichte ge- führten Civilprozeß hervorgeht, eine ungeheure Menge Tuch von einer deutschen Gesellschaft damals zu 6 1/2 Francs angekauft wor- den. In Moulins-les-Metz waren nicht weniger als 242,000 Meter Tuch und 25,000 Paar Schuhe vorhanden. Unglaublich, aber offiziell konstatiert! Zeuge erwähnt hierauf die von Coffinieres, um den opferwilligen Gemeinderath einzuschüchtern, gestiftetlich betonten Schrecknisse seines Bombardements! Ein Bürger, Raymond, welcher dem General darüber Vorfstellungen machte, und ihm den Muth und die Standhaftigkeit der Einwohner entgegenhielt, emp- pfing von dem Commandanten die ungeheuerliche Antwort: „Ei- sieh' da, Sie haben also patriotische Gesinnungen, Sie!“ Diese Mittheilung erregt im Saale furchtbare Sensation. Raynard, fährt der Zeuge fort, war über diese schamlose Verhöhnung völlig niedergeschmettert. Er erkannte nun, was die vom Marschall Bazaine angegebene Parole war. Zeuge hat auch die Pläne ge- sehen, welche auf Veranlassung des Marschalls von den feindlichen Angriffswerten entworfen wurden und zur Einschüchterung der Be- völkerung dienen sollten. Diese Werte waren nun, wie von der internationalen Commission für Verwundete konstatiert worden ist, höchst unbedeutend. Die gefürchteten Batterien auf St. Barbe, von denen der Generalfstab so viel zu erzählen wußte, haben nie- mals existirt. — Der nächste Zeuge, Bianson, gibt ganz die nämlichen Aufschlüsse und erzählt, wie die patriotischen Bestrebungen der Gemeinderäthe einen unantastbaren Boden bei denen gefunden, welchen die Vertheidigung des Vaterlandes anvertraut war. Die ganze Bevölkerung von Metz und Umgegend war mit Freuden bereit, Gut und Blut, Leben und Eigenthum für die Rettung Frank- reichs einzusetzen. Aber diese Hingebung wurde nicht benutzt!! „Wenn wir unglücklich sind“, schließt der Zeuge in tiefster Er- regung, „so lassen wir uns nicht zur Ungerechtigkeit hinreißen. Indem wir unsere Kinder lehren, gewisse Namen zu verfluchen, so glauben wir damit die heiligmüthige Metz Armee zu ehren! Hätte diese eine andere Führung gehabt, so wäre nimmer über das arme Metz die Schmach gekommen, unter welche es sich heute beugen muß!“ Unter dem gewaltigen Eindruck dieser und der vor- angegangenen Depositionen mußte der Präsident die Sitzung für 20 Minuten suspendiren. Die dann weiter vor die Schranken tretenden Zeugen vermögen keine wesentlichen neuen Momente vor- zubringen. — Bei Beginn der heutigen Verhandlung werden zu- erst einige Entlastungszeugen vernommen, deren Erklärungen ohne alle Bedeutung sind. Von den übrigen zum Theil sehr belasten- den Aussagen wollen wir nur die charakteristische Mittheilung des Zeugen Eduard Meyer anführen. Derselbe war zu jener Zeit Redacteur des „Independant de la Moselle“ in Metz. Die Cen- sur, erzählte er, wurde erst im September eingeführt. Gegen Ende dieses Monats wurden ihm alle Artikel gestrichen, welche gegen Preußen gerichtet waren und Noten zugestellt, welche für Metz unruhigende Nachrichten enthielten. Er nahm die erste Mitthei- lung im guten Glauben an, warf aber die weiteren in Folge der auffallenden Unthätigkeit der Armee in den Papierkorb. Er wußte, daß das übrige Frankreich die Vertheidigung bis aufs Aeußerste wollte. Indessen Alles, was er hierüber, sowie gegen eine Capitu- lation bringen wollte, wurde gestrichen. Eines Tages habe er einen Offizier gefragt, warum dieses geschehe, worauf ihm dieser geantwortet: „Was wollen Sie, daß wir thun, die Truppen halten nicht mehr Stand; wir können keine neuen Ausfälle machen!“ Da er daraus ersehen, daß man mit den Preußen unterhandelt, habe er die Geschichte mehrerer Festungen veröffentlicht, welche dem Feinde erschlossenen Widerstand geleistet, und auch die Artikel des Militärstrafgesetzbuchs abgedruckt, welche die Commandanten, die mit dem Feinde unterhandeln, mit dem Tode bestrafen ... So, mit Uebergehung der unwichtigeren Punkte, das Ergebnis der Ver- handlungen vom 14. und 15. Nov., in denen Bazaine und die Helden seines Generalfstabs wie noch nie zuvor am Pranger ge- standen haben.“

Bei der bekannten und wirklich großartigen Verlogenheit un- serer dentervollstänckigen Presse werden zwar auch diese niederschmet- ternden Anklagen nicht ausreichen und sie wird fortfahren, ihre blauen Dünste steigen zu lassen, d. h. sie wird nach wie vor be- haupten, der Prozeß Bazaine sei nur ein Nachwerk, bestimmt die „Gloire“ der französischen Nation zu retten. Sei dem, wie es

wolle; es ist ganz einerlei, aus welchen Gründen der Prozeß Ba- zaine in Scene gesetzt worden ist; aus seinem Verlaufe hat sich aber ergeben, daß der Marschall Bazaine in der That ein Ver- räther war und daß die glorreichen Siege von Metz eine sehr wohlfeile Ertrugenschaft sind. Und wenn die Franzosen, gestützt auf den Prozeß Bazaine, sagen, daß sie durch Berrath an's Messer geliefert worden seien, so haben sie gar nicht so sehr Unrecht. Und warum hat man in Berlin sich gewiegert, preussische Offiziere im Prozeß Bazaine als Zeugen aufmarschiren zu lassen? Wer sich so wie die herrschenden preussischen Staatsmänner mit großen Er- folgen und siegreichen Schlachten brüsten will, der muß auch be- kennen, mit welchen Mitteln diese Siege und Erfolge errungen worden sind; sonst erscheint die Sache bedenklich. Oder was soll man von Demanten halten, der nicht offen hervortreten mag, wo seine Thaten und Handlungen im hellen Licht der Offenlich- keit erscheinen sollen? In der That, es wird immer schöner mit diesen „genialen Staatsmännern“ und „glorreichen Kriegshelden“ in Preußen. Kaum hat das Buch von Lamarmora die „Staats- kunst“ Bismarck's durch Beweise aus seinem eignen Munde, von seiner eignen Hand, zum Tode verurtheilt, so kommt der Prozeß Bazaine und weist nach, auf welche wohlfeilen Wege die „Helden- thaten“ von Metz vollbracht worden sind. Die 50,000 Deutschen, welche nach den 3 Schlachttagen von Metz vom 16—18. October todt oder verwundet die zu annectirende Erde bedeckten, würden sie heute, falls sie noch in lebensvoller Rüstigkeit wären, noch ein- mal mit demselben Eifer in's Feuer gehen, nachdem offenkundig, daß die „militärischen Triumphe“ viel billiger zu haben ge- wesen sind? Wir glauben kaum! Es ist, wie Heine sagt: „die Thränen und die Seufzer, die kamen hintennach!“ So mögen die deutschen Nordpatrioten dem futschgegangenen „Schlachten- rath“ nunmehr nachweinen und nachseufzen und es will uns be- denken, daß man von nun an ganz andere Dinge wie Bündel und „stramme Disciplin“ als „wunderthätig“ besingen muß. j

— Statt daß der „Neue“ die in Nr. 110 ihm unsererseits vorgehaltenen Thatsachen, die er vorher zu leugnen beliebte, ant- wortete, zieht er vor, in seiner Nummer vom 14. v. Mts. zu er- klären, jeden Angriff gegen die „Eisenacher Volkspartei“ während des Wahlkampfes einzustellen. Wahrscheinlich hofft er mit dieser Erklärung Stempel in unsern Reihen zu finden, die auf den Leim gehen und seine Candidaten bei der Wahl unterstützen. Allein darin irrt er sich. Ob die Hasselmann und Hasenlever oder irgend ein paar Fortschrittler im Reichstage sitzen, ist für die sozialdemo- kratische Sache gleichgültig. Und für ein Blatt und seine Leiter, das heuchlerisch die brutalen Angriffe braunschweigischer Bauern auf einen unserer Parteigenossen bedauert, in seiner Nummer vor- her aber erst über eine gegen unsere Parteigenossen in Berlin ver- übte Sprengung berichtet, währenddem man fast in jeder Nummer des „Volkstaat“ von Prüffelsenen, die seine Anhänger veranstal- teten, lesen kann, haben wir nur die tiefste Verachtung.

Unsere Parteigenossen werden unbeirrt durch das Friedensgeflöte des „Neuen“ am letzten Congressbeschlusse festhalten, überall selbst- ständig Candidaten aufstellen und bei engeren Wahlen sich einfach der Abstimmung enthalten.

— Wie weit die Verbohrtheit der Jünger des Harmonie- apostels Hirsch geht, darüber belehrt uns die neueste Nummer des „Gewerkvereins“. Dort berichtet ein Herr A. Heinrich aus Burg über einen Vorfall, „der einen doppelten Erfolg unserer Vereini- gung konstatiert“. Die Thatsache ist folgende: Bor Kurzem erstürzte ein Mitglied des dortigen Ortsvereins der Fabrik- und Hand- arbeiter beim Reinigen eines Apparats in einer Fettsäurefabrik. Der Arbeitgeber erklärte sich bereit, der Witwe desselben 200 Thlr. Entschädigung zu zahlen; nach vielen Bemühungen eines andern Mitgliedes genannten Ortsvereins ist es gelungen, diese 200 Thlr. auf 500 Thlr. hinaufzuschrauben, da man dem Arbeitgeber die Schuld nachwies; andernfalls werde die Frau durch den Verein in die Lage gesetzt, diese Angelegenheit gerichtlich zu verfolgen, da bei solchen Fällen das Haftpflichtgesetz in Kraft tritt.

Wir behaupten nun, daß die Witwe auf Grund einer richter- lichen Beurtheilung eine ungleich höhere Entschädigung würde erhalten haben, wie sie der Fabrikant freiwillig leistete, und daß der Fabrik- und Handarbeiterverein zu Burg korrekter handelte und das Interesse der Witwe besser wahrte, wenn er der letzteren auf gerichtlichem Wege zu ihrem Rechte verhalf. Aber die Sucht, alles auf dem Wege der „freien Vereinbarung“ zwischen Arbeit- geber und Arbeiter zu erlangen, macht sich bei diesen Harmonie- jünger auch da geltend, wo die Staatsgesetze in höherem Grade ihr Interesse wahren.

— Parteigenosse Brätter in Oera, früher Redacteur des „Oeraer Volkfreund“, ist wegen angeblicher Beleidigung eines Fabrikanten, sowie des Justizamts, bezungen in genanntem Blatte, zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

— Wegen Abdrucks eines Gedichts: „Erwache!“ ist die „Süd- deutsche Volkstimme“ in Mainz konfisziert worden.

— Der aus der „Frankfurter Zeitung“ abgedruckte Artikel: „Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen“ hat zur Folge gehabt, daß Graf Eulenburg, der sich als preussischer Minister des Innern an seiner amtlichen Ehre beleidigt fühlt, einen Straf- antrag gegen den „Volkstaat“ gestellt hat. Nachdem Bloss erklärt, daß er die Verantwortlichkeit für den Artikel übernehme, ist gegen ihn die Untersuchung eingeleitet worden. Bloss hat darauf bean- tragt, daß unsere gefangenen Parteigenossen Liebknecht und Bebel in dem Prozesse als Zeugen vernommen werden.

— Damit wir nicht aus dem „Takt“ kommen, hat auch der Commandant der Festung Weichselmünde bei Danzig, Herr Dverdal, wegen zweier Artikel, die Festungsgeschäft in Preußen be- treffend (Nr. 96 und 98 des „Volkstaat“), gegen und Anklage er- hoben. Wir haben heuer ein gutes Jahr.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sannover. Den Mitgliedern bringe ich hiermit zur Kenntniß, daß das Amt des Bevollmächtigten an August Lohmeyer, wohn- haft Rogmühle Nr. 8, übertragen ist.

Fr. Sewing, Schriftführer.

Verein für Sattler und Berufscollagen.

Mainz. Den Kollegen diene zur Nachricht, daß wir am hiesigen Orte ein Arbeits-Vermittlungs-Bureau für unsere Branche errichtet haben, und zwar im Brauhans zum Silberberg, Liebtrautplatz. Wir eruchen alle durch Mainz reisenden Kollegen, sich direkt dorthin zu wenden.

Die Reiseunterstützung für Vereinsmitglieder wird von Alex. Hammel und R. Seidenberger angezählt in der Eisenbahnwagenfabrik der Gebrüder Gestell.

H. Meister, Vertrauensmann.

Correspondenzen.

Löbau, 16. November. Der hiesige Consumverein ist mit der Gründung eines Arbeiterbildungsvereins beschäftigt und zwar in der Weise, daß vorläufig bis auf Weiteres alle 14 Tage, Sonnabend Abend im Wettiner Hof, Vorträge gehalten werden; an den übrigen Sonntagen sollen auf Wunsch Unterrichtsstunden oder Vorlesungen aus Volkbildungsschriften stattfinden und erst dann, wenn diese Abende gehörig frequentiert, soll mit der definitiven Gründung eines Arbeiterbildungsvereins vorgegangen werden. Einige kurze Auszüge aus dem ersten Vortrag werden genügen, um zu zeigen, was die Herren unter Volkbildung verstehen. Der Redner sprach über Volkbildung und meinte unter vielem Anderem, wobei er nicht vergaß das Petroleum zu erwähnen: Nur wenn das Volk gehörig gebildet, könne z. B. die Präsenzzeit beim Militär verkürzt und schließlich in Volkbewaffnung umgewandelt werden. Nur die schlechte Volkbildung sei Schuld, daß die communisistischen Ideen solche Verbreitung gefunden. Hauptächlich seien es zwei Abwege, auf die eine schlechte Volkbildung führe: der ultramontane und der communisistische. Nun, die Herren verbreiten nach ihrer und wie nach unserer Art Volkbildung. Wollen sehen, wer's am weitesten bringt.

Sonneberg, 8. November. Für heute Abend war vom hiesigen Arbeiterverein, im Schiefhausjaale eine öffentliche Volksversammlung anberaumt, in welcher Herr W. Bod aus Gotha als Referent auftrat. Die früheren Besuche der Herren Demmler (Juni) und Eslein (August), welche in treffender Weise die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiter zu schildern wußten, hatten zur Folge, daß auch heute Abend nicht nur die Arbeiter, 7-800, sondern auch Arbeitgeber in gehöriger Anzahl vertreten waren. Letztere nun wohl nur aus reiner Neugierde, denn wie überall, ist auch hier die Bourgeoisie keinesfalls vorurteilsfrei. Um 9 Uhr kam Herr Bod erst mit dem Zuge hier an und eilte direkt von der Bahn ins Versammlungslocal; ohne sich nur einige Ruhe zu gönnen, ging er sofort zur Behandlung der Tagesordnung über: 1) „Die soziale Frage“, welche auch in verständlicher Weise erläutert wurde und den ungetheiltesten Beifall von Seiten der Arbeiter erntete. Ohne erhebliche Pause referierte Herr Bod hierauf über den zweiten Punkt: „Betrachtung der Arbeiter im Reichstage“, wobei er nicht unterließ, die „Lichtigkeit“ des Abgeordneten Lasfer, welcher im zweiten Meininger Wahlkreis gewählt worden war, zu schildern. Bod verwarf die Kandidatur Lasfer's und forderte die Arbeiter auf, endlich thätig zu handeln bei der bevorstehenden Reichstagswahl, zum Schluß ersuchte er etwaige Anwesende, überhaupt alle Vertreter anderer Parteien, welche auf seine beiden Vorträge etwas zu erwidern hätten, sich ebenfalls öffentlich auszusprechen. Zu unserem Bedauern zeigten sich keine Gegner, obwohl fast die ganze Arbeiterschaft, sowie höchste Staats- und Gemeindebehörden anwesend waren. Ueberhaupt wurden die beiden Referate des Herrn Bod, außer durch häufige Beifallsbezeugungen, nur einmal unterbrochen und zwar von einem anwesenden Staatsdiener, welcher seinen Lasfersympathien durch ein „Lasfer hoch!“ Lust machte, was jedoch unbeachtet blieb. Die Auflegung der Parteiliste ergab eine Einzeichnung von 50 neuen Mitgliedern, so daß Sonneberg gegenwärtig circa 130 Parteigenossen zählt, denen jedoch wir bitten die Herren Agitatoren dies zu berücksichtigen das Verständnis für unsere Sache noch größtentheils fehlt.

Anßer für Sonneberg war ebenfalls Arbeiterversammlung auf Sonntag für Judenthau und Umgegend anberaumt, es mußte also Herr Bod trotz seines Sträubens uns gerecht werden und hier bleiben; dies zur Entschuldigung für sein Nichterscheinen bei der Gothaer Schuhmachergewerkschaftsversammlung. Sonntag, den 9. November, Nachmittags 3 Uhr, wurde die Versammlung in Judenthau eröffnet, die Arbeiter von dort und Umgegend waren so zahlreich vertreten, daß sie der ziemlich große Saal nicht zu fassen vermochte. Trotz der Anwesenheit von Pöbelhauden behandelte Herr Bod die „Arbeiterfrage“ in einer Weise, die ihm alle Ehre machte und die die Anwesenden zur völligen Begeisterung hinriß. Er schilderte die gegenwärtigen sozialen Produktions-Verhältnisse schonungslos. Um das Unverständnis über die Bestrebungen unserer Partei und namentlich den Vorwurf, daß wir „allgemeine Theilung“ wollten, zu beseitigen, wies der Redner auf unsre und auf die Ziele der Gegner hin und kam, wie in Sonneberg, auch hier auf die Reichstagswahl zu sprechen, wobei er ebenfalls zur Wahl von wahren Volksvertretern aber nicht à la Lasfer aufforderte.

Schließlich erklärte er Alle, welche nicht hier, sondern erst nach dem er Judenthau verlassen hätte, unter den Landbewohnern andere Ansichten zu verbreiten suchen würden, öffentlich für feige Verläumder und ersuchte alle Anwesenden, an dem eben Gehörten festzuhalten, und trenn beizustehen einer Partei, die nur auf dem Wege der Wahrheit ihre Rechte verlange. Auch diese 1 1/2-stündige Rede wurde nur durch Beifallsrufe unterbrochen. Später forderten die Parteigenossen Friedrich Bernhardt und Heinrich Greiner zur Einzeichnung in die aufgelegten Listen sowie zum Abonnement auf den „Volkstaat“ auf, welchen letzteren zu empfehlen schon Herr Bod nicht unterlassen hatte. Infolge dessen fanden auch vorläufig 20 Einzeichnungen statt. Somit können wir in Judenthau von heute an eine neue Mitgliedschaft begrüßen. Auf dem Rückwege nach Sonneberg hatte Herr Bod Gelegenheit, die gegen unsere Partei ausgesprochenen Verleumdungen auf seine ihm eigene kräftige Weise zu widerlegen. Indem wir Bod für seinen Besuch unsern besten Dank aussprechen und andere Agitatoren bitten, uns auf ihren Reisen zu besuchen, werden die Vertrauensmänner des zweiten Meininger Wahlkreises ersucht, mit Unterzeichnetem bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahlen in Verbindung zu treten. Parteigenossen! Pflanz überall unsere Fahne, die Fahne der Gerechtigkeit und Wahrheit auf; auch der Landbewohner schmachtet nach Freiheit und wird sich mit Begeisterung um diese Fahne schaaren. Seid einzig, furchtlos und stark, dann ist uns der Sieg gewiß. Mit sozialdemokratischem Gruß

Christian Greiner, Vertrauensmann.

Schwab. Gmünd, 16. November. Aus Heidenheim läßt sich ein süddeutsches Winkelblättchen, welches in Akerzialismus macht,

berichten: „Der Referent der Volksversammlung vom 2. November habe Jesus von Nazareth als den ersten Sozialdemokraten hingestellt, und sei dann auf das neue deutsche Reich übergegangen“. Das ist eine ganz erbärmliche Lüge. Referent schilderte die Entstehung des Sozialismus von Grund aus, kam auch auf die griechischen und römischen Gesetzgeber vor Jesu Zeiten, dann auf das Wirken von Jesu von Nazareth selbst und auf seine Verfolgung durch die damals herrschenden Klassen und sagte, dies sei jetzt noch so, jede neue gerechte Idee werde von der herrschenden Klasse verfolgt. Von da ging Redner, aber nicht wie der Herr Sudelschreiber aus Heidenheim schreibt, auf das neue deutsche Reich über, sondern schilderte alle auf die gesellschaftliche Entwicklung einwirkenden Umstände bis zur ersten französischen Revolution und die sich seit jener Zeit immer mehr und mehr entfaltende Macht der Bourgeoisie, des sogenannten dritten Standes, welcher aber bei seinem ersten Auftreten schon den sogenannten vierten Stand oder das Proletariat in seinen Faltten barg. Alsdann schilderte Redner die heutigen gesellschaftlichen Zustände und kam dann auch auf das neue deutsche Reich zu sprechen; daß der Referent die „Saubirten“ geißelte, überhaupt der heutigen corrumpten und corrumptirenden Presse stark zu Leibe ging, das will dem Herrn Sudelschreiber von Heidenheim nicht hinunter, was beweist, daß er wahrscheinlich in zärtlichen Verhältnissen zu den göttlichen „Saubirten“ steht. Was das übrige dumme Zeug anbelangt, welches der Herr Sudelschreiber schreibt, so ist es um den kostbaren Raum des „Volkstaat“ schade, wollte man noch etwas hinzufügen. Nur so viel möge gesagt sein: sollte der Referent wieder nach Heidenheim kommen (welches bald geschieht), dann möge der Herr Sudelschreiber seine Berichte wahrheitsgetreu abfassen und nicht lügen. Ueber besagten Herrn nebst Consorten können wir eine herrliche Blumenlese ihrer öffentlichen und geheimen Sünden darbieten und soll dieses in nächster Volksversammlung in Heidenheim geschehen.

Manheim. Der „Süddeutschen Volksstimme“ wird von hier geschrieben:

„Am Allerheiligentag erregte das Grab eines Proletariers auf dem hiesigen Friedhofe ein gewaltiges Aufsehen. Dasselbe war nämlich umstanden von einer Frau und fünf kleinen Kindern, welche mit wehmüthiger Stimme riefen: „Wo ist unser Vater? Wer wird uns nun Brod geben?“ Wer die Gruppe sah, wurde zu Thränen gerührt. Fragen wir nun aber, unter welchen Umständen der beweinte Arbeiter sein Leben verlor, so werden wir erst recht unangenehm berührt, denn wir haben es hier mit einem Opfer der Bourgeoisbrutalität zu thun. Der Verstorbene war mit seinem Arbeitgeber, dem Bauunternehmer Bauer, wegen rückständigem Lohn in Unterhandlung getreten und wollte den Handel verlassen, weil er nicht mehr länger schamlos ausgebeutet werden wollte. Die Thüre Bauers war verschlossen, weshalb der Arbeiter, mit dem drei seiner Kollegen, die ähnliche Unterhandlungen zu pflegen hatten, erschienen waren, die Treppen wieder hinabstieg. Da plötzlich stürzte sich Bauer, mit einem spitzen Eisen bewaffnet, auf die nichts Arges ahnenden Männer und traktierte sie darauf mit Schlägen, daß der Eine an den erhaltenen Wunden verstarb, während die drei anderen das Bett hüten mußten. Der Verbrecher befindet sich nun zwar in Haft, allein für die unglückliche Familie des so feige Ermordeten sorgt Niemand.“

Das ist die „beste der Welten“!

Wien. Am 2. November tagte hier der sechste Delegirtenstag der österreichisch-ungarischen Buchdrucker und Schriftgießer. Hervorzuheben ist folgende Erklärung:

„Die Pester Delegirten, ebenso die Delegirten aus Agram, Debreczin und Szegedin geben Namens ihrer ungarischen Kollegen die Erklärung ab, daß sie sowohl die Wiener, wie die übrigen Provinzcollegen gegenüber den feindlichen Agitationen des deutsch-österreichischen Buchdruckerpreisvereins auf's Kräftigste unterstützen und zu schützen suchen werden; — seien jedoch den Wunsch hinzu, man möge bei etwaigen Preisbewegungen die neunstündige Arbeitszeit zu erreichen trachten.“

Ueber eine betriffs des Vereins- und Versammlungsrechts an den Reichstag zu erlassende Petition wurde zur Tagesordnung übergegangen unter folgender Motivirung:

„Da die Arbeiter bisher noch kein Wahlrecht haben, mithin im Reichsrathe nicht vertreten sind, so halten die anwesenden Delegirten eine Petition für zwecklos und gehen über den Antrag einer solchen in Betreff des Vereins- und Versammlungsrechts zur Tagesordnung über.“

Beschlossen wurde noch, einen österreichischen und einen ungarischen Gehilfenverein für Buchdrucker und Schriftgießer zu gründen auf Grundlage der Statuten des deutsch-österreichischen Buchdruckervereins.

Löhnitz im sächs. Erzgebirge. Bei der am 11. November stattgehabten Ergänzungswahl von 4 Stadtverordneten und 5 Bürger-Auswahlgemüthlichen hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei einen glänzenden Sieg davon getragen. Es wurden von den von ihr vorgeschlagenen Kandidaten gewählt 3 Stadtverordnete, sowie der erste Erstarbmann und 3 Bürgerauswahlgemüthlichen.

Gründer — Volksvertreter.

Werke Dir, mein liebes Kind,
Wer die ärgsten Gründer sind,
Die zugleich im Wortgecht
Kämpfen für des Geldsack's Recht.
Dr. Miquel führt den Reich'n,
Ihm folgt Herr von Eckardstein,
„Unsern Braun“ nur nicht vergeßt,
Fürst von Putbus, Herr Hest,
Graf Renard; der Rattibor
Drängt sich ganz besonders vor.
Diesem schließen dann sich an:
Münster, Lehndorf und Matzahn,
Heise, Hausmann, Handjery,
Hafenclever, Holz, Grand-Id.
Benningfen, Bernuth, Bonin,
Kardorf gleiche Stränge ziehn.
Mit Elsner, Esoldt, Friedenthal,
Herr von Unruh hat viel Dual.
Bosen schreiben sich mit i
Bninsk und Graf Killeck,
Gartorysk und Pyslowki,
Potworowski und Chlapowski!
Rombert, Köhne, Wedell nenn' ich,
Dinkel Speners Wehrenpennig,
Bamberger, Adites, Ambronn,
Rittberg, Carolath, Prinz Biron,
Patow, Hammacher und Duhl
Eigen all in diesem Pshul!

Simpson von Georgenburg,
Hasselbach aus Magdeburg,
Unruh-Domst, von Stauffenberge,
Schorlemer, das sind nur Zwerg;
Wilkens aus dem Herrenhaus
Lacht die kleinen Gründer aus!
Dies sind vierzig grad' und neun,
Doch es sollen mehr noch sein!

Briefkasten

der Redaction. Arbeiter-Zeitung in New-York: Wir haben die letzten Nummern Eures Blattes nicht erhalten. Schickt Dasselbe direkt an die Redaction des „Volkstaat“. Von dem Artikel der „Freien Presse“ in Brooklyn haben wir keine Notiz genommen. S. S. in Frankfurt: Dra „Kaiser Wilhelm III.“ haben wir bereits entnommen. Die andere Notiz soll berücksichtigt werden. Besten Dank. E. S. in Forzheim: Wir werden Herrn Demmig gelegentlich der Liste von solchen Reichstoten einverleiben, die bei „Geschäften“ betheiligigt sind. H. H. A. in Berlin: Brief an Sie folgt per Paket. Br. in Gera: Erhalten.

der Expedition. G. Gutsch Köln Ab. 3. Du. Thlr. 2 25, Schr. Thlr. 9 12. Hr. Hildebrandt Schr. 2 Thlr. Mär hier Schr. Thlr. 2 15. Mär Golan Schr. 8 Gr. Schl. Pawla Schr. Thlr. 1 3 5. Cono Dresden Schr. Thlr. 2 24. Mär St. Nichten Thlr. 4 16. Gleich hier Schr. 21 Gr. Wf. Plauen Schr. 2 Thlr. Sama Limbach Schr. 5 Thlr. Dr. Hf. Eisingen Schr. Gr. 21 5. Wlshd. Siade Ab. 4. Du. Thlr. 17 16, Schr. Thlr. 2 15. Holzarbeitergewerkschaft Stade Ann. 10 Gr. Arbeiterpartei baselst Ann. 4 Gr. Jul jr. hier Ann 6 Gr. J. Andros Augsburg Schr. 20 Thlr. F. Wagnr Braunschweig Schr. Thlr 1 1 1. Bgr. Lindenau Schr. 3 Gr. Wpl. Weiburg Schr. 9 Gr. H. Colporteur hier Schr. Thlr. 1 6. Arb.-Partei Eberfeld Ann. 5 Gr. L. Wlshch. Reulaj Ungarn Ab. 3. Du. Thlr. 1 21. Gme. Sonneberg Schr. 24 Gr. R. Mär. Reichenbach Ab. 3. Du. Thlr. 20 25. Eintr. Burgen Schr. Gr. 28 5. Pfmann Pest Ab. Nov. u. Dez. 17 Gr. E. K. in Cassel: 14 Nummern, Ann. 4 Gr.

Zum Reichstagswahlfond.

S. einen Ungenannten in Frankfurt a. M. 5 Thlr. Gdb.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antbeilnahme bei Antbeilquittungen erhalten ferner: In Ronsdorf: E. W. 2. N. Ggn. 8, in Stidterig: E. P. 10, in Erfurt: J. R. 2, E. F. 1, F. R. 1 Thlr. Gdblich.

Anzeigen etc.

Augsburg Während der Wahlbewegung wird von dem hiesigen Genossenschaftsmitglied anhalt Flugchriften, ein Wochenblatt,

„Der Volksvertreter“

Organ für die sozialdemokratischen Wähler des Wahlkreises Augsburgs

herausgegeben. Dasselbe erscheint Freitag Abend, ist bei J. Endres, mittlerer Lech C 301, zu haben und kostet 4 Exemplar 1 Kr.

Wir eruchen die Parteigenossen und Arbeiter von Augsburg und Umgegend um die weiteste Verbreitung desselben.

Die Herausgeber.

Augsburg Samstag, den 22. November: öffentliche „Partei-Versammlung“ in der Schützenhalle. — Das Nähere im „Volksvertreter“.

Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, den 23. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Wlshd, Weberstraße 21a. — Vortrag des Herrn Alt über den letzten Weberstreik.

Alle Mann auf den Platz. C. Fider, Vertrauensmann.

Breslau Arbeiterverein Geselligkeit. Sonntag, den 22. d. M., von Abends 7 Uhr ab: „Gejellige Zusammenkunft mit Damen“ im Saale des Hotel's „Zur Rosa“, Grünebaumstraße, 1 Treppe links. Die Mitglieder werden um recht zahlreiche Betheiligung ersucht. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Breslau Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 24. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im Gasthause „Zum Vater Rhein“, Suden- und Lehmgrabenstraße. L. D.: „Die Reichstagswahl“. Vortrag, Diskussion und Fragenbeantwortung. Die Mitglieder werden aufgefordert, vollständig und pünktlich am Plage zu sein und soviel als möglich, Freunde und Bekannte mitzubringen. Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt. Der Vertrauensmann.

Eberfeld Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Mitglieder von Eberfeld und Dirmen werden ersucht, Sonntag, den 23. November, Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn Köster, Haspeltstraße, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Hamburg Soz. dem. Arbeiterverein. Montag, d. 24. Nov., Abends 9 Uhr: Versammlung bei Hansch, Schauenburgerstraße 14. — Tagesordnung: Bericht der Commission über das Vorgehen zur Reichstagswahl in Hamburg. Die Mitgliedskarten sind vorzulegen.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 22. Novbr., Abends 9 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Hansch, Schauenburgerstraße 14. A. Wendt.

Hamburg Verband der Klempner u. verw. Berufsgenossen. Sonnabend, den 22. November, in F e d r m a n n's Clublokal, Pferdemarkt 43: Concert und Ball. Entré 8 Sallg. — Damen frei. Das Comité.

Karten sind bei Herrn Eckhardt, Schoppenstraße 22, sowie bei dem Vorstände des Vereins zu haben. (3c*)

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, d. 22. Nov., Abends 8 Uhr: Versammlung, Windmühlenstraße 7. — Vortrag von Peters aus Dresden. Sozialer Wochenbericht von Hupfret. D. Ber.

Einen jungen Barbiergehilfen, wenn möglich Parteigenosse, verlangt sofort W. Fischer, Stahlfabrik, Reichenstraße Nr. 1. Herr Colporteur Simon, früher in Chemnitz, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Schubert & Co., Buchdruckerei, Chemnitz.

Durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ ist zu beziehen:

Etwas mehr Licht.

Entwühlungen über die politischen und militärischen Ereignisse des Jahres 1866. Von General

N. Lamarmora.

Aus dem Italienischen. Gr. 8o. 22 Bogen. Geb. 1 Thlr. 10 Silbergroschen. Gegen Einsendung in Briefmarken oder per Postnachzahlung von 1 Thlr. 8 Sgr. wird das Werk franco unter Kreuzband zugesandt.

Leipzig: Verantw. Redaction: Casper. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.